

Hydrogeologe zum Kraftwerk Greifenstein: **Trinkwasser in Gefahr** **Grundwasser-Katastrophe** **im Tullnerfeld** **bahnt sich an**

**Exklusiv-
Reportage**
auf den Seiten 2 und 3

**BESSER
Leben**

Nr. 3b/1984
An einen Haushalt
P. b. b. * öS 10.—
Erscheinungsort & Verlags-
postamt 2485 Wampersdorf

**Auwald
Krone**
UNABHÄNGIG

Aufruf!

Ein Viertel der Tierarten sind nach neuesten Untersuchungen heute in Österreich akut gefährdet. Nur durch das Aufzeigen der dramatischen Gefährdung des Tier- und Pflanzenbestandes wird aber keine einzige dieser Lebensformen gerettet! Die Politiker müssen endlich begreifen, daß jetzt etwas getan werden muß!

Deshalb fordern wir alle verantwortungsbewußten Österreicher, vor allem aber die Jugend, auf, sich mit uns am Freitag, den 29. Juni, um 10 Uhr 30 vor dem Bundeskanzleramt zu treffen. Dort beginnt unsere Demonstration für den Nationalpark „Donau-March-Thaya-Auen“.



Kommt alle zum Dschungelfest!

Mindestens genauso turbulent wie am letzten Wiener Stadtfest wird es auch am 29. Juni in der Wiener Innenstadt zugehen. Denn an diesem Freitag beginnt dort um etwa 13 Uhr das erste österreichische Dschungelfest. Mit Dschungelmusik, Dschungeltänzen, Dschungelfilmen, einem Wettbewerb für „Dschungelpaare“, Snacks, Getränken und Informationen wird dort die bevorstehende „Erklärung“ der „Donau-March-Thaya-Auen“ zum Nationalpark gefeiert werden. (Foto: Bernhard J. Holzer)

Das letzte Kraftwerk

Starker Lärm verbreitet sich von der Kraftwerksmauer und stört die Waldruhe beträchtlich; schmutzige Schaumkronen direkt unterhalb der Mauer demonstrieren die derzeitige Wasserqualität. Die Donau ist im überblickbaren Staubereich fast vollständig mit einem Ölfilm bedeckt, es verbreitet sich ein übler Geruch, die ganze Gegend gleicht einer Steinwüste.

Greifenstein ist eröffnet! Wie aus zahlreichen Gesprächen mit Ortsansässigen hervorgeht und auch von fachlich kompetenter Seite immer wieder bestätigt wird: Schon während der Bauzeit des Kraftwerkes Greifenstein und auch nachher ist der Grundwasserspiegel deutlich gesunken.

Der Hydrogeologe Dr. Adalbert Neuwirth hat die Situation untersucht: „Früher konnte das Donauwasser jederzeit durch das durchlässige Schotterbett der Donau in dem darunterliegenden Schotterkörper versickern. Der Untergrund des Schotters besteht aus einer undurchlässigen Schlierschicht.

Alle Brunnen des ebenen Tullner Feldes beziehen ihr Wasser aus der mit Grundwasser angereicherten Schotterschicht. Wurde dieser Schotterschicht durch Auspumpen früher Grundwasser entnommen, so konnte die entnommene Grundwassermenge durch vermehrte Einsickerung des Do-

nauwassers in Kürze und ohne bedeutende Absenkung des Grundwasserspiegels ausgeglichen werden.

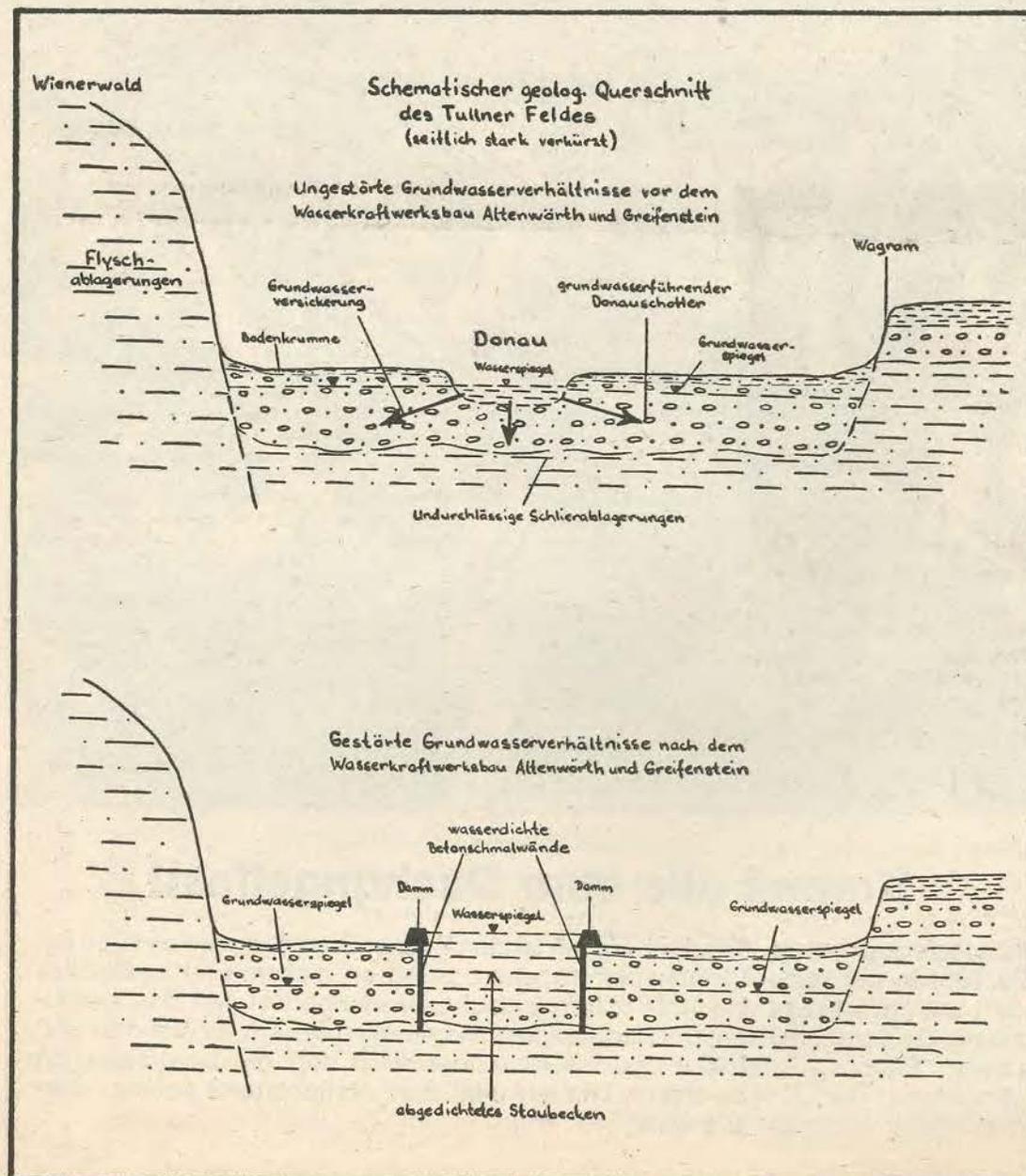
Nunmehr kann das Donauwasser nicht mehr in die Schotterschicht versickern: Das Schotterbett der Donau wurde beiderseits der Ufer im gesamten Staubereich wasserdicht gemacht. Das Flußbett stellt praktisch einen betonabgedichteten Kanal dar, sodaß die Wasserführung der Donau sich nicht mehr positiv auf die Erneuerung des Grundwassers auswirken kann.“

Fazit: Es müssen Brunnen nachgeschlagen werden. Ein gutes Geschäft, wie unzählige Werbeplakate von Brunnenfirmen beweisen.

Rechtliche und finanzielle Probleme treten auf. In manchen Fällen verwehrt die Gemeinde nämlich die Bewilligung zum Nachschlagen der Brunnen, mit dem Hinweis auf die vorhandene Ortswasserleitung. Dazu kommt noch, daß die meisten Wassergroßverbraucher, vor allem Baumschulen, kein Wasserrecht besitzen und daher schutzlos sind.

Der Anschluß an das öffentliche Wassernetz würde aber gerade für solche Betriebe den unausweichlichen finanziellen Ruin bedeuten, da die Wassergebühren ziemlich hoch sind). Bereits jetzt kommt es zu beträchtlichen Trockenschäden am Baumbestand.

Am Beispiel Altenwörth, das bereits 1976 fertiggestellt worden war, konnte festgestellt werden, daß sich auch die qualitative Struktur des Hochwassers entscheidend verschlechtert hat. Nach Aussage des Bürgermeisters von Grafenwörth, Herrn Sedlmayr, hat sich das Hochwasser früher von unten durch die Altarme und dann entlang der ganzen



Heute kommt das Hochwasser wesentlich rascher, wodurch der Auwald viel härter getroffen wird. Es soll dabei beträchtlicher Wild- und Waldschaden entstehen, der Humus der Au wird ausgeschwemmt. Die Dotationseinrichtungen (Einrichtungen, die mittels eines Überflutungsverfahrens einen relativ konstanten Grundwasserspiegel gewährleisten sollen und daher die Funktion der Donau als Grundwasserspender quasi übernommen haben) funktionieren keineswegs. Schnell kommt es zu Verschlammung der Begleitrinne, sodaß das Dotationswasser überhaupt nicht durchsickern kann.

Auf Grund dieser Misere wurde bereits von seiten des Forstmeisters des Gutsbesitzes von Grafenegg, Herrn D.Ing. Gerhard Österreicher, eine Eingabe an die oberste Wasserrechtsbehörde gemacht.

Während bei Altenwörth die Zubringer der Donau (Traisen, Kamp und Krens) ins Unterwasser des Kraftwerkes abgeleitet werden (daher in stark

vermindertem Ausmaß, aber doch als Grundwasserspender fungieren), hat man beim Kraftwerk Greifenstein auch die Zubringerflüsse entweder umgeleitet oder zubetoniert. Für die Erneuerung des Grundwassers und für die Erhaltung der Auvegetation bleibt nur die künstliche Dotation.

Dazu Dr. Neuwirth: „Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß nach der Errichtung des Kraftwerkes Greifenstein, der Grundwasserspiegel stabilisiert werden könne. Diesbezüglich wurde indirekt mit dem Aufstau argumentiert. Zur Gänze wurde aber verschwiegen, daß durch die Abdichtung des Flußbettes der Donau (und jener der Zubringer) die Versickerung des Wassers in die Schottererschicht des Tullner Feldes unterbunden wird! Auch der Aufstau des Wasserspiegels bewirkt keine Stabilisierung des Grundwasserspiegels, da die Betonschmalwände keine Versickerung zulassen. Diese Tatsachen hat die DOKW bei ihren Aufklärungskampagnen nicht erwähnt.“



„Seit der Verwüstung meiner engsten Heimat, der Greifensteiner Au, an der ich mehr hing als an meinem Vaterhaus und meinem Garten, ist uns in erschütternder Weise vor Augen geführt worden, wie glaubwürdig die Beteuerungen der Planer vom umweltschonenden Kraftwerksbau waren“. (Nobelpreisträger Konrad Lorenz)

KCH

Aufrichtigen Dank

... sagen wir allen, die unsere Arbeit durch ihre Spenden unterstützt haben. Nur so ist es möglich, daß wir nun die zweite Ausgabe unserer „Auwald-Zeitung“ herausbringen können. Wer künftig mindestens öS 100,- an unser PSK 7195.176 einzahlt, erhält als Dankeschön alle Ausgaben der Zeitschrift „Besser Leben“ bis Ende 1984 ohne Zusatzkosten zugeschickt.

Beschwerde: „...DOKW HAT RECHTE NICHT BEACHTET...“

Wie kann der einzelne Bürger seinen Schadenersatzanspruch durchsetzen, den er durch ein Donaukraftwerk erlitten hat?

Die Pflicht der Gemeinden ist es, in der wasserrechtlichen Bewilligung für ein Kraftwerk Regelungen durchzusetzen, wonach genehmigte Bauwerke wie Häuser, Betriebsstätten, Brunnen etc. durch den Bau nicht beeinträchtigt werden dürfen. Treten nach Errichtung eines derartigen Kraftwerkes Schäden auf, gibt es zumindest drei Möglichkeiten für Betroffene, zu ihrem Recht zu kommen:

1) Der Geschädigte kann sich zwecks Schadensbeseitigung und Schadenersatz an die DOKW wenden — ein dornenvoller Weg!

2) Der Geschädigte kann sich an seine Gemeinde wenden, wenn die Gemeinde die Interessen der Bürger im Wasserrechtsverfahren nicht ausreichend vertreten hat.

3) Der zumeist kostengünstigste Weg ist aber das Erheben einer Beschwerde beim Landwirtschaftsministerium als oberste Wasserrechtsbehörde.

Welche der drei Möglichkeiten die beste ist, muß von Fall zu Fall individuell entschieden werden (Kummer-Nummer 0222/26 93 20)

MUSTER-BESCHWERDE:

An das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Wasserrechtsbehörde, Stubenring 1, 1010 WIEN

Antragsteller: Hubert Bauer, Landwirt,¹⁾ 3422 Greifenstein/Donau Nr.2000

Antragsgegner: Österreichische Donaukraftwerke Ges. (DOKW), Parkring 12, 1011 Wien

Betrifft: Donaukraftwerk Wasserrechtliche Bewilligung nach dem Bescheid vom, BZ:...

Erhebung einer Beschwerde

Der Antragsteller erhebt auf der Grundlage des o.a. Bescheides
BESCHWERDE,

weil die von der DOKW durchgeführten Baumaßnahmen zu bedeutenden Grundwasserschäden im Bereich der Liegenschaften des Antragstellers führten. Damit sind die mit dem o.a. Bescheid gesicherten Rechte des Antragstellers von der DOKW nicht beachtet worden.

Dem Antragsgegner möge daher beschluden werden, den eingetretenen Schadenszustand zu beseitigen und/oder eine für den Antragsteller angemessene wirtschaftliche Ersatzlage zu schaffen, die dem Zustand entspricht, der vor dem Bau des Kraftwerkes bestand.

BEGRÜNDUNG

Nach der Errichtung der Dämme für den Stauraum der Donau trat vorerst nur eine Qualitätsverschlechterung des Grundwassers durch erhöhten Mangangehalt und Ammoniumgehalt ein. Dieser Sachverhalt ist der dortigen Behörde bekannt, weil die Brunnen dieses Gebietes mit Bescheid..... für die Entnahme von Trinkwasser gesperrt wurden, und auf Kosten der DOKW die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung mit „Trinkwassertankfahrzeugen“ verfügt wurde.

Seither ist der Grundwasserspiegel um 12 Meter abgesunken und ein immer noch tieferes Eingraben der Wasserpumpen, um Wasser für die Beregnung der Felder zu erhalten, ist inzwischen unzumutbar geworden.

Die von der DOKW vorgetragenen Zusagen, demnächst dieses Grundwasserproblem in den Griff zu bekommen, sind seit zwei Jahren ohne Ergebnis geblieben.

Es ist nunmehr dringend geboten, kurzfristig das Wasser für die Beregnung der Felder mit „Nutzwassertankfahrzeugen“ herbeizuschaffen, weil das Donauwasser aus dem Stauraum aus Gründen der Hygiene für die Beregnung von Feldfrüchten nicht eingesetzt werden darf.

Die wirtschaftliche Existenz des Antragstellers ist längst nicht mehr gesichert und schwer bedroht, wenn dieser Beschwerde nicht kurzfristig Folge gegeben wird. Greifenstein/Donau, am

.....
Hubert Bauer e. h.

Hoffen wir, daß diese Beschwerde nie Wirklichkeit wird!

¹⁾ Name und Gegenstand der Beschwerde sind von der Redaktion frei erfunden.

Umweltverbände geben Impulse für Energiepolitik

„Unsere billigste Energiequelle ist die Einsparung bzw. bessere Nutzung.“

„Der Bau eines Kraftwerkes in einem Naturschutzgebiet muß genauso undenkbar sein wie ein Umbau des Wiener Stephansdomes in ein Parkhochhaus.“

„Die Energieversorgung muß im Einklang mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen stehen.“

Mit dieser Forderung wurde am 25. Mai eine Pressekonferenz im Presseclub Concordia eröffnet, in der Elemente einer zukunftsorientierten Energiepolitik der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Teilnehmer waren Prof. Paul Blau (Österr. Naturschutzbund), Dr. Peter Weish (Inst. für Umweltwissenschaften), Karl Wagner (WWF), Dr. Hans Aubauer (Inst. für Festkörperphysik) und Herbert Rainer (Österr. Hochschülerschaft).

Da die Ansprüche an eine verantwortbare Energiepolitik sehr hoch sind, kann das Fundament nur ein gesellschaftlicher Konsens über die Ziele und die Wege dieser Politik sein. „Am Anfang hat daher eine von den Medien und vom Staat mit sachlicher Information unterstützte und demokratische, das heißt unter Einbeziehung der Betroffenen geführte, öffentliche Zieldiskussion zu stehen, die mit dieser Pressekonferenz eingeleitet werden soll“, so Peter Weish vom Institut für Umweltwissenschaften.

Folgende Ziele werden in die Diskussion eingebracht:

- Die Energieversorgung muß im Einklang mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen stehen. Natur und Landschaft müssen im Bewußtsein aller als Wert verankert werden. Dazu Herbert Rainer (Österr. Hochschülerschaft): „Der Bau eines Kraftwerkes in einem Naturschutzgebiet muß genauso undenkbar sein wie ein Umbau des Wiener Stephansdomes in ein Parkhochhaus.“

- Der Ruf nach billiger Energie ist legitim. Unsere „billigste“

Energiequelle ist die Einsparung bzw. bessere Nutzung.

- Energiedienstleistungen sind so billig, effizient, technisch einfach und umweltschonend wie möglich abzudecken. Ebenso ist eine Verringerung der Abhängigkeit von stets teurer werdenden Energieimporten anzustreben.

Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Ziele:

- Optimale Wärmedämmung von Gebäuden.

- Dezentrale Energiesysteme, die die Abhängigkeit von der zentralen Versorgung verringern. Lokale Möglichkeiten nutzen und fördern.

- Erhöhung des Anteiles wiederverwertbarer Rohstoffe.

Gegenwärtig wird Energievergeudung gefördert: Je höher der Stromverbrauch, desto billiger der Tarif. In Zukunft muß das anders werden: Der Haushaltstarif soll mit dem Verbrauch ansteigen. Daran muß der Niedrigstromtarif für Großverbraucher ausnahmslos angeglichen werden. Es soll keinen Grundpreis für Gas- und Stromverbrauch geben, der Arbeitspreis soll aber dementsprechend erhöht werden.

Steuerliche Voraussetzungen für bessere Energienutzung:

Senken der Mehrwert- und Einkommensteuer. Dafür Einführen einer Energieabgabe. Aus einem noch einzurichtenden Energiefonds werden dann

Kredite für Maßnahmen zur besseren Energienutzung ausbezahlt. Dieser Kredit soll aus dem Energieverkauf der Energieversorgungsunternehmen und aus Mitteln einer etwaigen Energieabgabe gespeist werden. Energie-Service-Stellen könnten eingerichtet werden. Zu den Funktionen der Energie-Service-Stellen gehören unter anderem kostenlose Beratung, Information sowie Vorplanung und Kostenabschätzung von Maßnahmen zur besseren Energienutzung.

Ein wichtiger Punkt bei der Energienutzung ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Nutzung von industrieller Abwärme für Stromproduktion und Raumheizung gewährleisten.

Der Versorgungsauftrag der Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist neu auszulegen und zu erweitern. Dieser Auftrag wurde bisher vor allem als Auftrag zum Bau neuer Kraftwerke ausgelegt. Der andere Weg, die Versorgung zu sichern, besteht darin, das Energieproblem der Verbraucher ernst zu nehmen: Angesichts dramatisch steigender Energiekosten sieht sich nämlich der Verbraucher gezwungen, mit immer weniger Energie auszukommen. Dementsprechend sollten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen verpflichtet werden, den Energiekonsumenten bei der besseren Energienutzung zu helfen, statt mit falschen Argumenten für Mehrverbrauch — zum Beispiel für die nicht vertretbare Elektroheizung — zu werben.

Weiters sind verfassungsrechtlich bedenkliche Gesetze und Verordnungen außer Kraft zu setzen. Dies betrifft unter anderem die Bestimmungen über den bevorzugten Wasserbau.

Außerdem ist bei allen Kraftwerksbauten und energietechnischen Anlagen eine Bedarfsnachweis- und Umweltverträglichkeitsprüfung vorzuschreiben.

Gutachten sind prinzipiell offenzulegen und einer Diskussion zu unterwerfen.

Dieses neue Energiekonzept soll darauf hinweisen, daß die Schwerpunkte einer zukünftigen Energiepolitik bei der besseren Nutzung der Energie liegen müssen.

KCH

„Stromverbrauch-Explosion“ im 1. Quartal 1984???

Von der Verbundgesellschaft wird uns via Radio, Fernsehen und Presse der Stromverbrauchszuwachs im 1. Quartal 1984 gegenüber 1983 mit 8% präsentiert.

Verschwiegen wird dabei natürlich, daß der Verbrauch im witterungsmäßig gleichen 1. Quartal 1984 gegenüber dem 1. Quartal 1982 um nur 3,87% höher liegt, was einer Steigerung von lediglich 1,94% p.a. gleichkommt

Im für die erforderliche Kraftwerksleistung bezeichnenden Monat Jänner (höchster Verbrauch, geringste durchschnittliche Wasserführung der Flüsse) war der Verbrauch 1984 gegenüber 1982 lediglich um 1,2% höher; das entspricht einer Steigerung von 0,6% pro Jahr.

Gut die Hälfte des Mehrverbrauches im 1. Quartal 1984 gegenüber dem von 1982 dürfte auf den Zuwachs der mit allen Mitteln forcierten E-Heizung zurückgehen...

Umweltverbände geben Impulse für Energiepolitik

„Unsere billigste Energiequelle ist die Einsparung bzw. bessere Nutzung.“

„Der Bau eines Kraftwerkes in einem Naturschutzgebiet muß genauso undenkbar sein wie ein Umbau des Wiener Stephansdomes in ein Parkhochhaus.“

„Die Energieversorgung muß im Einklang mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen stehen.“

Mit dieser Forderung wurde am 25. Mai eine Pressekonferenz im Presseclub Concordia eröffnet, in der Elemente einer zukunftsorientierten Energiepolitik der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Teilnehmer waren Prof. Paul Blau (Österr. Naturschutzbund), Dr. Peter Weish (Inst. für Umweltwissenschaften), Karl Wagner (WWF), Dr. Hans Aubauer (Inst. für Festkörperphysik) und Herbert Rainer (Österr. Hochschülerschaft).

Da die Ansprüche an eine verantwortbare Energiepolitik sehr hoch sind, kann das Fundament nur ein gesellschaftlicher Konsens über die Ziele und die Wege dieser Politik sein. „Am Anfang hat daher eine von den Medien und vom Staat mit sachlicher Information unterstützte und demokratische, das heißt unter Einbeziehung der Betroffenen geführte, öffentliche Zieldiskussion zu stehen, die mit dieser Pressekonferenz eingeleitet werden soll“, so Peter Weish vom Institut für Umweltwissenschaften.

Folgende Ziele werden in die Diskussion eingebracht:

- Die Energieversorgung muß im Einklang mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen stehen. Natur und Landschaft müssen im Bewußtsein aller als Wert verankert werden. Dazu Herbert Rainer (Österr. Hochschülerschaft): „Der Bau eines Kraftwerkes in einem Naturschutzgebiet muß genauso undenkbar sein wie ein Umbau des Wiener Stephansdomes in ein Parkhochhaus.“

- Der Ruf nach billiger Energie ist legitim. Unsere „billigste“

Energiequelle ist die Einsparung bzw. bessere Nutzung.

- Energiedienstleistungen sind so billig, effizient, technisch einfach und umweltschonend wie möglich abzudecken. Ebenso ist eine Verringerung der Abhängigkeit von stets teurer werdenden Energieimporten anzustreben.

Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Ziele:

- Optimale Wärmedämmung von Gebäuden.

- Dezentrale Energiesysteme, die die Abhängigkeit von der zentralen Versorgung verringern. Lokale Möglichkeiten nutzen und fördern.

- Erhöhung des Anteiles wiederverwertbarer Rohstoffe.

Gegenwärtig wird Energievergeudung gefördert: Je höher der Stromverbrauch, desto billiger der Tarif. In Zukunft muß das anders werden: Der Haushaltstarif soll mit dem Verbrauch ansteigen. Daran muß der Niedrigstromtarif für Großverbraucher ausnahmslos angeglichen werden. Es soll keinen Grundpreis für Gas- und Stromverbrauch geben, der Arbeitspreis soll aber dementsprechend erhöht werden.

Steuerliche Voraussetzungen für bessere Energienutzung:

Senken der Mehrwert- und Einkommensteuer. Dafür Einführen einer Energieabgabe. Aus einem noch einzurichtenden Energiefonds werden dann

Kredite für Maßnahmen zur besseren Energienutzung ausbezahlt. Dieser Kredit soll aus dem Energieverkauf der Energieversorgungsunternehmen und aus Mitteln einer etwaigen Energieabgabe gespeist werden. Energie-Service-Stellen könnten eingerichtet werden. Zu den Funktionen der Energie-Service-Stellen gehören unter anderem kostenlose Beratung, Information sowie Vorplanung und Kostenabschätzung von Maßnahmen zur besseren Energienutzung.

Ein wichtiger Punkt bei der Energienutzung ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Nutzung von industrieller Abwärme für Stromproduktion und Raumheizung gewährleisten.

Der Versorgungsauftrag der Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist neu auszulegen und zu erweitern. Dieser Auftrag wurde bisher vor allem als Auftrag zum Bau neuer Kraftwerke ausgelegt. Der andere Weg, die Versorgung zu sichern, besteht darin, das Energieproblem der Verbraucher ernst zu nehmen: Angesichts dramatisch steigender Energiekosten sieht sich nämlich der Verbraucher gezwungen, mit immer weniger Energie auszukommen. Dementsprechend sollten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen verpflichtet werden, den Energiekonsumenten bei der besseren Energienutzung zu helfen, statt mit falschen Argumenten für Mehrverbrauch — zum Beispiel für die nicht vertretbare Elektroheizung — zu werben.

Weiters sind verfassungsrechtlich bedenkliche Gesetze und Verordnungen außer Kraft zu setzen. Dies betrifft unter anderem die Bestimmungen über den bevorzugten Wasserbau.

Außerdem ist bei allen Kraftwerksbauten und energietechnischen Anlagen eine Bedarfsnachweis- und Umweltverträglichkeitsprüfung vorzuschreiben.

Gutachten sind prinzipiell offenzulegen und einer Diskussion zu unterwerfen.

Dieses neue Energiekonzept soll darauf hinweisen, daß die Schwerpunkte einer zukünftigen Energiepolitik bei der besseren Nutzung der Energie liegen müssen.

KCH

„Stromverbrauch-Explosion“ im 1. Quartal 1984???

Von der Verbundgesellschaft wird uns via Radio, Fernsehen und Presse der Stromverbrauchszuwachs im 1. Quartal 1984 gegenüber 1983 mit 8% präsentiert.

Verschwiegen wird dabei natürlich, daß der Verbrauch im witterungsmäßig gleichen 1. Quartal 1984 gegenüber dem 1. Quartal 1982 um nur 3,87% höher liegt, was einer Steigerung von lediglich 1,94% p.a. gleichkommt.

Im für die erforderliche Kraftwerksleistung bezeichnenden Monat Jänner (höchster Verbrauch, geringste durchschnittliche Wasserführung der Flüsse) war der Verbrauch 1984 gegenüber 1982 lediglich um 1,2% höher; das entspricht einer Steigerung von 0,6% pro Jahr.

Gut die Hälfte des Mehrverbrauches im 1. Quartal 1984 gegenüber dem von 1982 dürfte auf den Zuwachs der mit allen Mitteln forcierten E-Heizung zurückgehen...

Im Schatten der Akropolis

Die vierte europäische Umweltschutzministerkonferenz fand heuer vom 27. bis 30. April im Hotel Astir Palace auf einer Halbinsel bei Athen statt.

Nachdem in Österreich bekannt wurde, daß der schweizer Umweltschutz- und Innenminister Alfons Egli die Problematik der bedrohten Donauauen nicht wie angekündigt auf die Tagesordnung bringen würde, beschloß die „Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg“, eine inoffizielle „Paralleldelegation“ nach Griechenland zu entsenden.

Bereits einen Tag vor Konferenzbeginn trafen sechs Repräsentanten des World Wildlife Fund, der Österreichischen Hochschülerschaft, von Global 2000 und AKUS in Athen ein und hatten auch gleich eine sehr lange Unterredung mit dem österreichischen Umweltschutzminister Dr. Kurt Steyrer und anderen österreichischen Konferenzteilnehmern.

Der Gastgeber der Konferenz, der griechische Umweltschutzminister Adonis Tritis, zeigte sich von der weiten Anreise der Delegation recht angetan und ermöglichte freie Arbeit in der Presseabteilung des Hotels. So konnte, zum Teil sogar während des offiziellen Ministerempfanges, mit nahezu allen Delegationen und europäischen Umweltschutzministern Kontakt aufgenommen werden. Selbstverständlich war es den Ministern nicht möglich, Zusagen für eine direkte Einflußnahme auf das österreichische Verfahren zu machen. Allerdings werden mehrere Umweltschutzministerien über den Europarat auf die Einhaltung des vom Verfahren zur Genehmigung eines Kraftwerkbaues bei Hainburg betroffenen Berner Artenschutzabkommens achten.

Botschafter Wacker, der Vertreter des Berner Artenschutzabkommens und William Wilkonson, der Leiter der britischen Delegation, brachten das Problem „Hainburg“ am letzten Verhandlungstag auf die Tagesordnung.

Die Behandlung des Problems der bedrohten letzten urwaldähnlichen Aulandschaft Europas, der Donau-March-Auen, während der Umweltschutzministerkonferenz hat sicherlich zu einer weiteren Internationalisierung der Diskussion um das Donaukraftwerk Hainburg geführt.

Wichtiger war aber, daß durch die gebotene Information am Rande der Konferenz bereits erste Gespräche zu diesem Themenkomplex von den Ministern untereinander geführt wurden.

Sicherlich darf man in Österreich nach den Erfahrungen mit dem internationalen Naturschutz nicht damit rechnen, daß man seitens des Europarates und der Vertragspartner Österreichs im Berner- und Ramsarabkommen zu einem Bruch dieser Abkommen schweigen wird.

RE

Naturschützer fordern von ÖGB-Präsident Anton Benja 1 Million Schilling

Über 2 Millionen Schilling hat den zum Großteil verstaatlichten Betrieben die „so spontane“ Demonstration für den Kraftwerksbau am vergangenen Donnerstag gekostet.

Das ist etwa der Gegenwert der verlorenen Arbeitszeit der ca. 40.000 Demonstranten. Damit sind jedoch noch nicht die Kosten für den Transport und andere kleine Extras gedeckt. Wurde die dafür nötige Million Schilling mit Gewerkschaftsgeldern finanziert?

„Für dieses Geld könnten wir einen hervorragenden Unterrichtsfilmbild über umweltverträgliche Energienutzung herstellen“ kommentiert Dr. Werner Katzmann von der „Arbeitsgemeinschaft Umwelterziehung“.

Die „Aktionsgemeinschaft Nationalpark 1985“ fordert daher **ÖGB-Präsident Benja** auf, dieser von den Ministerien für Gesundheit und Unterricht gegründeten Arbeitsgemeinschaft ehe baldigst ebenfalls 1 Million Schilling für Umwelterziehungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Unter Berücksichtigung der über 60.000 Dauerarbeitsplätze, die mit Hilfe des von Nobelpreisträger Konrad Lorenz kgeforderten umweltfreundlichen Energiekonzeptes allein in den nächsten drei Jahren geschaffen werden könnten, ist dies eine absolut berechnete Forderung....

Das NÖ Naturschutzgesetz ...

in dem bemerkenswerterweise sogar der Begriff „Schönheit“ vorkommt, ist so klar und unbiegsam, daß jeder, der des Lesens mächtig ist, sich wundern muß, wieso es um dieses Kraftwerk Hainburg überhaupt noch Diskussionen gibt. Viele Millionen Schilling der Stromkonsumenten und Steuerzahler sind inzwischen beim Fenster hinausgeworfen worden, um ein Kraftwerk zu planen, zu begutachten und genehmigen zu lassen, das in krassem Widerspruch zu einem aus eindeutig klaren Sätzen bestehenden Gesetzestext steht.

Auch dem blindwütigsten gekauften Gutachter kann und wird nicht der Nachweis gelingen, daß 600 Hektar Waldrodung, eine Betonmauer und zehn Meter hohe Dämme keinen Eingriff in das Landschaftsbild der Donau-Auwälder darstellen.

Alle, die also behaupten, das Kraftwerk Hainburg müsse gebaut werden, weil es so beschlossen ist, müssen sich heute den Vorwurf gefallen lassen, ent-

weder die Gesetze dieses Landes nicht gelesen oder nicht verstanden zu haben; oder sie einfach zu ignorieren, was noch schlimmer wäre.

Den Umweltschützern und den Medien, die sie unterstützen, wird zunehmend vorgeworfen, sich außerhalb der Gesetze zu stellen, die Demokratie in Gefahr zu bringen. Frage: Wer steht angesichts dieser eindeutigen Situation außerhalb der Legalität?

F.G. (KRONE-Zitat)

Parteistellung für Orth & Eckartsau!

Wie schon berichtet, haben Orth an der Donau und Eckartsau als einzige Donaugemeinden der Dokw keine Generalvollmacht erteilt, sondern selber die Parteienstellung im Naturschutzverfahren beantragt. Es wäre nun hoch an der Zeit, daß diese Anträge endlich erledigt werden. Schreiben Sie deshalb bitte höfliche aber bestimmte Briefe an:

Landeshauptmann
Mag. Siegfried Ludwig
Herrengasse 9
1010 Wien

Landesrat
Dr. Ernest Brezovsky
Herrengasse 11-13
1010 Wien

DONAUKREUZFAHRT am Samstag, den 21.7.1984

Bei Zigeunermusik gut essen –
im Gespräch mit Prominenten.

Die Donauauen aus nächster
Nähe erleben – im Duty Free
Shop einkaufen.

Dem Konrad Lorenz-Volksbe-
gehren helfen.

Preis inkl. Musik öS 280,-

Anmeldung
bis spätestens 20. Juni
unter Tel. (0222) 933353,
Edith Stohl.

Sonntag, 17. Juni — Austrobus 7.30 Uhr

Fahrt in die bedrohten Donauauen

Wien — Carnuntum — Hainburg — Braunsberg —
Stopfenreuth (Wanderung, Proviant mitnehmen, Imbiß mög-
lich) — Orth — Wien.

Die Verwirklichung des Kraftwerkes Hainburg würde 100t
ha Auwald vernichten.

Führung: NÖNB-Vorsitzender Kurt Fritscher

Kostenbeitrag: Mitglieder S180,-, Gäste S210,-

Anmeldung: Naturschutzbund NÖ, 1014 Wien, Her-
rengasse 9, Tel.: 635711/3102 DW